

ZIEL 9: DAMIT AUS WENIGER MEHR WIRD: GEMEINSAM WIDERSTANDSFÄHIGE INFRASTRUKTUREN AUFBAUEN, NACHHALTIGE INDUSTRIALISIERUNG FÖRDERN UND INNOVATIONEN UNTERSTÜTZEN

von Dr. Robert Habeck, Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz

Im Jahr 2015 haben sich die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen mit der Agenda 2030 auf 17 globale Nachhaltigkeits- und Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals - SDGs) geeinigt - ein Meilenstein internationaler Zusammenarbeit, der gerade heute Mut macht. Denn in Zeiten multipler globaler Krisen ist es wichtiger denn je, an der Idee einer gemeinsam geteilten Welt festzuhalten.

Das neunte Nachhaltigkeitsziel „Industrie, Innovation und Infrastruktur“ fordert die Staaten auf, „eine widerstandsfähige Infrastruktur aufzubauen, inklusive und nachhaltige Industrialisierung zu fördern und Innovationen zu unterstützen“. Für Deutschland als hochindustrialisiertes Land heißt das vor allem, unsere Industrie und Infrastruktur umzurüsten, sie klimaneutral und resilient zu machen und andere Länder bei der klimaneutralen Industrialisierung ihrer Wirtschaft zu unterstützen. Laut einer Bertelsmann-Studie von 2015 belegen wir Platz 6 im Ranking der nachhaltigsten Industrieländer. Vor allem beim Thema Greentech - also bei der Entwicklung und Produktion von Technologien zum Schutz der Umwelt und zur Nutzung von erneuerbaren Energien - spielt der Wirtschafts-, Wissenschafts- und Industriestandort Deutschland international eine wichtige Vorreiterrolle. Das ist vielversprechend, aber nicht ausreichend.



Dr. Robert Habeck (4. v. r.), Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, im Gespräch mit G7 Ministerinnen und Ministern (Foto © Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz | Laurin Schmid)

Mit einer Bruttowertschöpfung von rund 679,1 Milliarden Euro im Jahr 2021 und allein 6,8 Millionen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten ist die Industrie in Deutschland eine tragende Säule unseres Wohlstands. Zugleich ist sie aber auch für einen wesentlichen Teil unserer Treibhausgasemissionen verantwortlich. Ziel der Bundesregierung ist es deshalb, eine klimaneutral produzierende Industrie aufzubauen, die global wettbewerbsfähig ist. Dazu brauchen wir eine grundlegende Trans-

formationsprozessen: Dekarbonisierung, Elektrifizierung, Kreislaufwirtschaft und den Einsatz von Wasserstoff und seinen Derivaten als Grundstoff, Energieträger und Speicherlösung. Investitionen in den beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien sind Grundvoraussetzung für die Dekarbonisierung der Industrie. Wesentliches Ziel ist es, so schnell wie möglich ausreichende Mengen an grünem Strom und grünem Wasserstoff zu wettbewerbsfähigen Preisen zur Verfügung zu haben. Dafür bauen wir Windkraft und Photovoltaik

massiv aus, modernisieren und verdichten unsere Übertragungsnetze, fahren Wasserstoffimporte und Elektrolysekapazitäten hoch und arbeiten mit Hochdruck an der zügigen Ertüchtigung von Leitungen und Speichern.

Gemeinsam mit der Europäischen Kommission und den anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union helfen wir mit verschiedenen IPCEI-Wasserstoffprojekten Unternehmen dabei, ihre Produktionsprozesse auf den Pfad der Klimaneutralität einzuschwenken, und sorgen mit Förderprogrammen dafür, dass unser Kontinent bei der Dekarbonisierung seiner Industrie technologisch neue Maßstäbe setzt. Zugleich machen wir uns als Bundesregierung dafür stark, dass mit dem European Green Deal und dem Fit-For-55-Maßnahmenprogramm auf europäischer Ebene ein stimmiger Gesamtrahmen für eine klimafreundliche und wettbewerbsfähige Industrie etabliert wird, der die Transformation unterstützt, vor Carbon Leakage schützt und unsere Wettbewerbsfähigkeit sichert.

Weitere Voraussetzung für eine klimaneutral produzierende Industrie ist die Steigerung der Ressourceneffizienz. Wir müssen den Primärrohstoffeinsatz in der industriellen Fertigung deutlich reduzieren. Leichtbaulösungen, die etwa auf abfallärmeren Produktionsverfahren oder materialeffizienten Konstruktionsansätzen basieren, spielen hierbei eine wichtige Rolle. Dank maximaler Gewichtseinsparung bei gleichbleibender oder verbesserter Funktionalität benötigen Autos, Züge oder Flugzeuge in Leichtbauweise überdies nicht nur in der Herstellung weniger Rohstoffe, sondern auch weniger Energie bei der Nutzung. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz fördert deshalb F&E-Projekte im Rahmen des Technologietransfer-Programms Leichtbau und stärkt damit den Transfer von Innovationen aus der Forschung in die Praxis.

Außerdem müssen verstärkt digitale Technologien zum Einsatz kommen. Sie bergen ein wichtiges CO₂-Einsparpotenzial im Bereich der industriellen Ferti-

gung. Daten müssen transparent verfügbar gemacht und mit den verschiedenen Unternehmen in der Liefer- und Produktionskette geteilt werden können (Initiative Manufacturing-X). Denn die Digitalisierung von Wertschöpfungsnetzwerken und industrieller Produktion fördert die Effizienz des Energie- und Ressourcenverbrauchs über den kompletten Produktlebenszyklus hinweg und ermöglicht neue nachhaltige Geschäftsmodelle.

Auch die Europäische Union arbeitet intensiv an Regeln für nachhaltigere Produkte. Der neue Verordnungsentwurf *Ecodesign for sustainable products* legt den Rahmen für zukünftige Anforderungen insbesondere bei Haltbarkeit, Reparierbarkeit, Ressourcennutzung und Ressourceneffizienz fest. Dieser ganzheitliche Ansatz von der Designphase eines Produktes über die Nutzung bis zu Reparatur und Recycling – gepaart mit einem möglichen Verbot, unverkaufte Konsumgüter als Müll zu entsorgen – ist ein großer Schritt in Richtung Kreislaufwirtschaft.

Wir stehen mit der notwendigen ökologischen Transformation unserer Industrie vor einer enormen Innovationsaufgabe, die nur mit einer lebendigen Innovationskultur und dem effektiven Transfer von Wissen und Ideen in Wirtschaft und Gesellschaft gelingen kann. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung sind dabei eine wichtige Kenngröße. Je höher die Ausgaben in einem Land, desto größer die Wahrscheinlichkeit für eine dynamische Entwicklung der Produktivität, stärkeres Wirtschaftswachstum und mehr Wettbewerbsfähigkeit.

Im Bereich Forschung und Entwicklung ist Deutschland eines der innovativsten Länder der Welt. Im *Bloomberg Innovation Index 2021* belegen wir Platz 4 hinter Südkorea, Singapur und der Schweiz. Um diese Position zu halten und möglichst noch auszubauen, haben wir uns als Bundesregierung das Ziel gesetzt, die privaten und öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung bis zum Jahr 2025 auf mindestens 3,5 Prozent unseres BIP zu erhöhen.

“ Wir müssen den Ländern des Globalen Südens auch Zugang zu bestehendem Wissen, neuer Forschung und aktuellen Entwicklungen verschaffen. ”

Deutschlands und Europas Aufgabe im Rahmen des neunten Nachhaltigkeitsziels der Vereinten Nationen ist allerdings nicht nur, den Fokus auf nachhaltige Innovationen und grüne Technologien im eigenen Land bzw. Kontinent zu legen. Wir müssen den Ländern des Globalen Südens auch Zugang zu bestehendem Wissen, neuer Forschung und aktuellen Entwicklungen verschaffen. Ein zentrales Element dafür sind die Energiepartnerschaften des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz mit mehr als 20 Partnerländern, die einen Transformationsprozess ihrer Energiesysteme anstreben. Denn gerade in den Ländern des Globalen Südens besteht großes Interesse an einer breiteren und zugleich nachhaltigen Industrialisierung ihrer Volkswirtschaften, um langfristig gute Arbeit und Wohlstand zu schaffen.

Dabei unterstützen wir sie. Die Exportinitiative Energie des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz fördert mit Maßnahmen in weltweit rund 100 Ländern kleine und mittlere Unternehmen beim Technologie- und Wissenstransfer im Bereich klimafreundlicher Energielösungen. Ebenso unterstützt Deutschland Investitionen in nachhaltige Infrastrukturen. Ziel ist es, den Umgang mit Ressourcen weltweit verantwortungsvoll zu gestalten und dafür globale Partnerschaften zu etablieren.

Denn nur mit mehr globaler Zusammenarbeit werden wir bei der Bekämpfung der drohenden Klimakatastrophe erfolgreich sein. Es ist die politische Aufgabe der nächsten zwei Jahrzehnte weltweit – und die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen sind ein guter Kompass auf dem Weg zu einer klimaneutralen Welt.

AKTUELLES

Bund, Saarland: Arbeitsgemeinschaft entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit des Bund-Länder-Ausschusses Entwicklungszusammenarbeit

Am 15. September 2022 hat die AG Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit des Bund-Länder-Ausschusses Entwicklungszusammenarbeit in Saarbrücken auf Einladung der saarländischen Bildungs- und Kulturministerin Christine Streichert-Clivot getagt. Vertretungen von Bund und Ländern in den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit und Bildung für nachhaltige Entwicklung kommen einmal jährlich mit Nichtregierungsorganisationen und bundesweiten Bildungsträgern zusammen, um Themen der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit im gemeinsamen Austausch zu erörtern. Im Mai 2022 hat das Saarland den Vorsitz der AG übernommen. Die saarländische Bildungs- und Kulturministerin Christine Streichert-Clivot eröffnete die Tagung, in deren Fokus die Auseinandersetzung mit dem Nachhaltigkeitsziel 16 „Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen“ stand. Prof. Dr. Uli Jäger, Leiter der Abteilung Globales Lernen für Konflikttransformation der Berghof Foundation, stellte in seinem Impulsvortrag „Krieg und Frieden - Herausforderungen für Schulen und Bildungseinrichtungen“ aktuelle Erkenntnisse der Konfliktforschung dar. Andrea Spies, Vorsitzende der Sektion Schulpsychologie im Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen, Schulpsychologischer Dienst, Regionalverband Saarbrücken, schlug in einem zweiten Impulsvortrag den Bogen zu „Krieg und Frieden - Möglichkeiten und Grenzen der Thematisierung in der Schule“. Im zweiten Teil der Sitzung berichteten das Bundesmi-

nisterium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und die Vertretungen der Länder über den jeweiligen Stand der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit. Nachfolgend berichteten Nichtregierungsorganisationen wie u. a. das Netzwerk Entwicklungspolitik im Saarland (NES) e. V. über den Bereich zivilgesellschaftlicher Informations- und Bildungsangebote. Die Ausrichtung der Sitzung wurde von der Informationsstelle Bildungsauftrag Nord-Süd des World University Service unterstützt.

Info: Ministerium für Bildung und Kultur des Saarlandes, Referat B5 Entwicklungszusammenarbeit, Bildung für Nachhaltige Entwicklung, Demokratiepädagogik, Trierer Straße 33, 66111 Saarbrücken, Ansprechpartnerin: Katharina Meßinger, Tel. 0681 501-6654, [entwicklungszusammenarbeit\[at\]bildung.saarland.de](mailto:entwicklungszusammenarbeit[at]bildung.saarland.de), www.saarland.de/mbk/DE/aktuelles/aktuelle-meldungen/allgemein/2022/220916-meldung-entwicklungspolitische-bildungsarbeit.html

Meinungsmonitor Entwicklungspolitik 2022 veröffentlicht

Das Deutsche Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval) hat den Meinungsmonitor Entwicklungspolitik 2022 unter dem Titel „Entwicklungspolitisches Engagement in Zeiten globaler Krisen und Herausforderungen“ veröffentlicht. Die Publikation umfasst zwei Themenblöcke: Im ersten Teil werden zentrale Einstellungen der Bevölkerung zu Entwicklungspolitik untersucht. Behandelt werden unter anderem die generelle Unterstützung für staatliche Entwicklungszusammenarbeit (EZ), die Einstellung zu verschiedenen Motiven für EZ sowie die Einschätzung ihrer Wirksamkeit. Im zweiten Teil steht das entwicklungspolitische Engagement im Fokus: einerseits nicht-monetäres Engagement wie informations- und kommunikationsbezogene Aktivitäten, organisationsbezogenes Engagement und politische Partizipation, andererseits monetäres Engagement wie Spenden an entwicklungspolitische Organisationen und nachhaltiger Konsum. In beiden Teilen werden die Indikatoren für Einstellungen

und Engagement dargestellt und auf Unterschiede zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen hin untersucht. Abschließend werden Implikationen für staatliche und zivilgesellschaftliche entwicklungspolitische Akteure zur Strategie-, Kommunikations- und Bildungsarbeit sowie zur Förderung des entwicklungspolitischen Engagements formuliert.

Info: Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval), Fritz-Schäffer-Straße 26, 53113 Bonn, Ansprechpartner: Dr. Martin Bruder, Tel. 0228 33 69 07-0, [info\[at\]deval.org](mailto:info[at]deval.org), www.deval.org/de/evaluierungen/laufende-und-abgeschlossene-evaluierungen/der-deval-meinungsmonitor-entwicklungspolitik

Ausgaben der OECD-Staaten für entwicklungspolitische Bildungs- und Informationsarbeit

Wie viel gibt Deutschland für entwicklungsbezogene Bildungs- und Informationsarbeit aus? Das neue Datenblatt der Informationsstelle Bildungsauftrag Nord-Süd des World University Service (WUS) antwortet auf diese Frage und gibt einen Überblick über die Ausgaben für entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit der OECD-Staaten im Jahr 2020. Es zeigt, dass die Ausgaben stagnieren und Deutschland sowie andere OECD-Staaten der Empfehlung der Vereinten Nationen nicht nachkommen. Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen empfahl bereits 1993, drei Prozent der Gesamtausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit für entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit zu verwenden. In Deutschland betragen die Ausgaben hierfür nach aktuellen Berechnungen der OECD lediglich ca. 0,57 Prozent (2019: 0,74 Prozent). Die Informationsstelle Bildungsauftrag Nord-Süd veröffentlicht jährlich am World Development Information Day, am 24. Oktober, das Daten-

blatt zu Ausgaben der OECD-Staaten. Der World Development Information Day wurde 1972 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen ins Leben gerufen. Er dient dazu, weltweit auf Entwicklungsprobleme aufmerksam zu machen und die Weltgemeinschaft dazu aufzurufen, sich mit stärkerem Engagement um deren Lösung zu bemühen.

Info: World University Service, Deutsches Komitee e. V., Goebenstraße 35, 65195 Wiesbaden, Ansprechpartner: Carlos dos Santos, Tel. 0611 9446170, infostelle3@wusgermany.de, www.wusgermany.de/de/globales-lernen/informationsstelle-bildungsauftrag-nord-sued/publikationen/ausgaben-bildungsarbeit

Global Education Week 2022 unter dem Motto „Wasser ist Leben – Global lernen!“

Vom 14. bis 20. November 2022 findet die europaweite Global Education Week statt. Das Motto in Deutschland lautet „Wasser ist Leben – Global lernen!“. Sanitär- und Wasserversorgung, Konflikte um Wasser oder Plastikmüll: Das sind einige Themen, die Schulen, Vereine, Universitäten und andere Einrichtungen in ihren Bildungsangeboten aufgreifen. Die Global Education Week 2022 in Deutschland bündelt diese Angebote und legt damit den Schwerpunkt auf die Nachhaltigkeitsziele 6 „Sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen“, 14 „Leben unter Wasser“, 4 „Hochwertige Bildung“ und 3 „Gesundheit und Wohlergehen“ der Agenda 2030 der Vereinten Nationen. Ziel ist es, die Themen des Globalen Lernens in der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Die Informationsstelle Bildungsauftrag Nord-Süd

beim World University Service (WUS) koordiniert die Global Education Week in Deutschland im Auftrag des Nord-Süd-Zentrums des Europarates. Eine Liste mit den teilnehmenden Organisationen und deren Angeboten ist auf der Internetseite www.globaleducationweek.de zu finden.

Info: World University Service, Deutsches Komitee e. V., Goebenstraße 35, 65195 Wiesbaden, Ansprechpartner: Carlos dos Santos, Tel. 0611 9446170, infostelle3@wusgermany.de, www.globaleducationweek.de

MATERIALIEN

EPIZ Berlin: Unterrichtsmaterialien zu Industrie, Innovation und Infrastruktur in der beruflichen Bildung

Zum Themenbereich des Nachhaltigkeitsziels 9 „Industrie, Innovation und Infrastruktur“ gibt es viele Anknüpfungspunkte in der beruflichen Bildung. Hierzu hat EPIZ Berlin eine Reihe von handlungsorientierten und berufsspezifischen Unterrichtsmaterialien entwickelt. Die Handreichungen orientieren sich an den Rahmenlehrplänen von Berufsschulen und sind für den Einsatz in verschiedenen Lernfeldern konzipiert. Die Publikationen bieten unter anderem Simulationsspiele, Arbeitsbögen und Hintergrundinformationen und ermöglichen es, die Themen ohne großen Vorbereitungsaufwand in den Fachunterricht

an Berufsschulen zu integrieren. Alle Unterrichtsmaterialien können kostenlos heruntergeladen oder per E-Mail für 5 Euro zuzüglich Versand als Printversion bestellt werden. Folgende Publikationen stehen im Themenfeld „Industrie, Innovation und Infrastruktur“ aktuell zur Verfügung: (1) Kupfer, Alu, Stahl global – Unterrichtsmaterial für die Bauberufe, (2) Wie nachhaltig sind Sand und Zement? Ein Unterrichtsmaterial für Bauberufe, (3) Kupfer in einer globalisierten Welt – Unterrichtsmaterial für den Bereich Elektrotechnik, (4) Tod in yPhone-City. Ein Planspiel für die Ausbildung in den Bereichen IT und Elektronik.

Info: Entwicklungspolitisches Bildungs- und Informationszentrum (EPIZ) e. V., Am Sudhaus 2, 12053 Berlin, Ansprechpartnerin: Christina Ayazi, Tel. 030 6926418, berufeglobal@epiz-berlin.de, www.berufeglobal.de

ANGEBOTE

EPiZ Reutlingen: Videointerviews „17 Stimmen über die Chancen und Grenzen einer Pandemie“

Die Regionale Bildungsstelle Baden-Württemberg der Programme „Bildung trifft Entwicklung“ und „Chat der Welten“ im Entwicklungspädagogischen Informationszentrum (EPiZ) Reutlingen hat in Kooperation mit dem Welthaus Stuttgart, Center for Human Rights Erlangen-Nürnberg (CHREN) und FIAN Deutschland Interviewfilme mit Expertinnen und Experten aus der ganzen Welt zu den Auswirkungen der Covid-19-Pandemie produziert. Zu Nachhaltigkeitsziel 9 „Industrie, Innovation und Infrastruktur“ wurde Pupu Purwaningsih in Indonesien interviewt. Sie arbeitet auf der Insel Sumba für Misereor. Im Interview schildert Pupu Purwaningsih den Einfluss der Pandemie auf ihr alltägliches Leben und ihre Arbeit mit lokalen Organisationen sowie die Wichtigkeit funktionierender Infrastruktur und Bildung im Kampf gegen das Virus. Einsatzmöglichkeiten und weiterführende Tipps für die Bildungsarbeit sind in einem kostenlosen Begleitmaterial zusammengefasst.

Info: Entwicklungspolitisches Bildungs- und Informationszentrum (EPiZ) e. V., Wörthstraße 17, 72764 Reutlingen, Ansprechpartner: Christian Fulterer, Tel. 01579 2347797, [chat\[at\]epiz.de](mailto:chat[at]epiz.de), www.epiz.de/de/projekte/chat-der-welten/einblick

AUS WELT, BUND UND LÄNDERN

BUND

Institut Futur veröffentlicht Berichte zum nationalen BNE-Monitoring

Um herauszufinden, wie gut Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in Deutschland bereits in den verschiedenen Bildungsbereichen verankert ist, führt das Institut Futur (Freie Universität Berlin) im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) ein bundesweites BNE-Monitoring durch. In vier Kurzberichten werden nun aktuelle Ergebnisse aus dem BNE-Monitoring für die Bildungsbereiche Schule, Hochschule, berufliche Bildung und frühkindliche Bildung vorgestellt. So wird im ersten Bericht für den Bildungsbereich Schule festgehalten, dass seit 2019 in Schulgesetzen keine BNE-relevanten Veränderungen erkennbar sind. Die Verankerung von BNE in den Curricula variiert – trotz eines leichten Zuwachses an relevanten Textbezügen – weiterhin zwischen Fächern und Ländern sehr stark. In Modulbeschreibungen und Prüfungsordnungen sei BNE angesichts der Qualifizierungslücke in der Lehrkräfteausbildung insgesamt schwach integriert. Die vollständigen Berichte sowie weitere Informationen zum nationalen BNE-Monitoring sind auf den nachfolgenden Internetseiten zu finden.

Info: Freie Universität Berlin, Institut Futur, Fabbeckstraße 37, 14195 Berlin, Ansprechpartner: Jorrit Holst, [holst\[at\]institutfutur.de](mailto:holst[at]institutfutur.de), www.institutfutur.de, www.bne-portal.de/bne/de/bundesweit/monitoring/monitoring_node.html

BAYERN

Ausbau der Entwicklungszusammenarbeit im Bereich Ernährungssicherheit und Landwirtschaft mit dem Senegal

Bayerns Staatsministerin für Europaangelegenheiten und Internationales, Melanie Huml, ist im Oktober 2022 für zwei Tage in den Senegal gereist. Schwerpunkt der Reise war der Ausbau der Entwicklungszusammenarbeit in den Bereichen Ernährungssicherheit und Landwirtschaft. Neben Gesprächen mit politischen Vertreterinnen und Vertretern sowie Nichtregierungsorganisationen standen vor allem Besuche bei bayerischen Projektpartnern auf dem Programm. Langfristiges Ziel ist die Steigerung der Produktivität der überwiegend kleinbäuerlichen Landwirtschaft im Senegal. Gemeinsam mit der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH unterstützt der Freistaat Bayern junge Menschen bei der Existenzgründung, insbesondere in den Bereichen Handwerk, Dienstleistung und innovative Landwirtschaft bzw. Nutzung erneuerbarer Energien. Das bis 2023 laufende Kooperationsprojekt „African-Bavarian Alliance for Applied Science“ wurde mit rund sechs Millionen Euro durch den Freistaat gefördert und stellt die bisher größte Beteiligung eines Bundeslandes an einem Programm der deutschen Entwicklungszusammenarbeit dar. Der internationale Austausch sowie die praxisnahe Ausbildung leisten erfolgreich Hilfe zur Selbsthilfe und damit einen wichtigen Beitrag zur künftigen Ernährungssicherheit.

Info: Bayerische Staatskanzlei, Franz-Josef-Strauß-Ring 1, 80539 München, Ansprechpartner: Wolfgang Wittl, Tel. 089 2165-0, [presse\[at\]stk.bayern.de](mailto:presse[at]stk.bayern.de), www.bayern.de/europaministerin-huml-zu-gespraechen-im-senegal-ausbau-der-entwicklungszusammenarbeit-im-bereich-ernaehrungssicherheit-und-landwirtschaft

BERLIN

Empfehlungsliste für außerschulische Kooperationspartner des Globalen Lernens

Die Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie hat in Zusammenarbeit mit dem Berliner Ent-

wicklungspolitischen Ratschlag (BER) e. V. die aktualisierte Empfehlungsliste für außerschulische Kooperationspartner des Globalen Lernens sowie einer Bildung für nachhaltige Entwicklung veröffentlicht. Beteiligt waren auch das Programm „Bildung trifft Entwicklung Berlin Brandenburg“ und das Entwicklungspolitische Bildungs- und Informationszentrum (EPIZ) e. V. Auf der Liste finden Berliner Schulen 27 Kooperationspartner, die wertvolle Anregungen bei der Umsetzung des übergreifenden Themas nachhaltige Entwicklung in globalen Zusammenhängen bieten. Zusammen mit dem Programm Politische Bildung an Berliner Schulen können Schulen konkrete Projekte der politischen Bildung über den Verfügungsfonds finanzieren.

Info: Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, Bernhard-Weiß-Straße 6, 10178 Berlin, Ansprechpartnerin: Tatjana Beilenhoff-Nowicki, Tel. 030 902276260, tatjana.beilenhoff-nowicki@senbjf.berlin.de, www.berlin.de/sen/bildung/unterricht/kooperationen

BREMEN

Fortschreibung der Entwicklungspolitischen Leitlinien verabschiedet

Der Bremer Senat hat im August 2022 die Fortschreibung der Entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes verabschiedet. Die Entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes bilden die Grundlage für das entwicklungspolitische Handeln der Freien Hansestadt Bremen. Die verabschiedete Fortschreibung nimmt Bezug auf die Agenda 2030 der Vereinten Nationen und stellt konkrete Maßnahmen dar, mit denen Bremen - im eigenen Land - und seine Partnerstädte in Europa, Afrika und Asien einen Beitrag zur Umsetzung der 17 Ziele der Agenda 2030 leisten. Beispiele hierfür sind die Projektförderung durch „Kleinprojektfonds“ zum Ziel 1 „Bekämpfung von Armut im Globalen Süden“, Maßnahmen zur Verbesserung der Trinkwasser-Infrastruktur zum Ziel 6 „Sauberes Wasser ist ein Menschenrecht“ und Regeln für die öffentliche Beschaffung zum Ziel 12 „Kreislaufwirtschaft in der öffentlichen Beschaffung“.

Info: Senatskanzlei der Freien Hansestadt Bremen, Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit, Am Markt 21, 28195 Bremen, Ansprechpartner: Jörn Hendrichs, Tel. 0421 361-4505, joern.hendrichs@sk.bremen.de, www.rathaus.bremen.de/entwicklungszusammenarbeit-65415

HAMBURG

Eigentumsübertragung der Benin-Bronzen an Nigeria

Der Hamburger Senat schafft die Voraussetzungen zur Rückgabe der Benin-Bronzen nach Nigeria und leistet damit seinen Beitrag zur Anerkennung eines lang zurückliegenden Unrechts, durch das die Menschen in Nigeria wichtiger Elemente ihrer kulturellen Identität beraubt wurden. Der Senat reagiert damit auf die jahrzehntelangen Rückgabeforderungen des nigerianischen Staates und des Königs

von Benin. Insgesamt 179 Objekte aus dem ehemaligen Königreich Benin mit einem Gesamtwert von 58,7 Millionen Euro befinden sich derzeit im Besitz Hamburgs. Die Kulturbehörde hat bereits in ihrem Haushalt eine Rückstellung in gleicher Höhe gebildet, um eine Rückgabe finanziell zu ermöglichen. Einige Werke werden als Dauerleihgaben in Hamburg verbleiben, worüber derzeit Detailverhandlungen zwischen Nigeria und Hamburg laufen. Die Vertragsunterzeichnung zur Rückgabe der Bronzen ist für Mitte Dezember 2022 geplant.

Info: Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Kultur und Medien, Hohe Bleichen 22, 20354 Hamburg, Ansprechpartner: Enno Isermann, Tel. 040 42824-207, enno.isermann@bkm.hamburg.de, www.hamburg.de/pressearchiv-fhh/16529598/rueckgabe-benin-bronzen

NIEDERSACHSEN

Digitale internationale Jugendkonferenz zu Ziel 13 – Klimaschutz und Anpassung

Am 6. Oktober 2022 haben sich Schülerinnen und Schüler aus Niedersachsen per Videokonferenz mit Schülerinnen und Schülern aus Großpolen (Polen), Tokushima (Japan), Santa Fe (Argentinien), Eastern Cape (Südafrika) und Mwanza (Tansania) zum Klimawandel ausgetauscht. Organisiert wurde die Veranstaltung vom Niedersächsischen Landesinstitut für schulische Qualitätsentwicklung. Professor Charles Hopkins und Katrin Kohl von der York Universität Toronto haben in einer Key-Note einen kurzen Überblick über die Geschichte und die Bedeutung der nachhaltigen Entwicklung gegeben und sind dabei insbesondere auf die Wichtigkeit von Bildung und den Einfluss junger Menschen eingegangen. Danach haben sich alle Schulen kurz vorgestellt. In fünf Workshops verglichen die Schülerinnen und Schüler ihre Erfahrungen mit dem Klimawandel, diskutierten über Möglichkeiten, sich für das Erreichen der Nachhaltigkeitsziele einzusetzen, und auch über die Frage, inwieweit die SDGs im schulischen Bereich Berücksichtigung finden. Nach einer kurzen Präsentation der Ergebnisse aus den Workshops wurde eine „Hanover Declaration“ verabschiedet. Darin fordern die Schülerinnen und Schüler mehr Aufklärung über den Klimawandel und bekräftigen ihr Interesse an der Durchführung von Projekten. Die Veranstaltung soll 2023 fortgesetzt werden.

Info: Niedersächsische Staatskanzlei, Planckstr. 2, 30169 Hannover, Ansprechpartnerin: Kathrin Radtke, Tel. 0511 120-6809, kathrin.radtke@stk.niedersachsen.de, www.stk.niedersachsen.de/startseite/themen/international

Kooperation zwischen Universität Oldenburg und tansanischer Nichtregierungsorganisation zur Wiederaufforstung

Gemeinsam mit der Nichtregierungsorganisation „Climate Action Network Tanzania“ hat die Universität Oldenburg ein Projekt gestartet, das der Entwaldung in Tansania entgegenwirken und mögliche Klimarisiken mindern soll. Tansania beherbergt sechs der weltweit 36 Biodiversitätshotspots – Regionen mit vielen besonders bedrohten Pflanzen- und Tierarten. Gleichzeitig gehört Tansania zu den fünf Ländern weltweit, in denen die Abholzung von Wäldern am schnellsten fortschreitet. Dem soll durch gemeinsame Wiederaufforstungsprojekte vor Ort, die Treibhausgasemissionen reduzieren, Ökosystemleistungen erhöhen und Klimarisiken mindern, entgegengewirkt werden. Das Projekt findet bei Usambara und Pare Mountains sowie an der Küste zwischen Dar es Salaam und der Stadt Tanga statt. Zur Identifizierung von Kommunen, die besonders stark von Entwaldung betroffen sind und Interesse an nachhaltigem Waldmanagement haben, sammelt die Arbeitsgruppe „Ökologische Ökonomie“ der Universität Oldenburg zunächst sozioökonomische und ökologische Informationen. Durch öffentliche Veranstaltungen, Konsultationen oder Workshops sollen die lokalen Gemeinschaften bei allen Aktivitäten von Beginn an eingebunden werden, damit die Wiederaufforstungsprojekte nachhaltig sind. Das Vorhaben „Förderung von Beteiligungsprozessen zur Umsetzung von NDC durch naturbasierte Lösungen in urbanen, ruralen und Küstenlandschaften Tansanias“ wird für drei Jahre mit 500.000 Euro aus Mitteln der Internationalen Klimaschutzinitiative der Bundesregierung gefördert. NDC sind Nationale Klimabeiträge (englisch: Nationally Determined Contributions, NDC) im Sinne des Pariser Klimaabkommens von 2015.

Info: Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, Department für Wirtschafts- und Rechtswissenschaften, Ammerländer Heerstraße 114-118, 26129 Oldenburg, Ansprechpartner: Prof. Dr. Bernd Siebenhüner, Tel. 0441 798-4366, [bernd.siebenhuener\[at\]uol.de](mailto:bernd.siebenhuener[at]uol.de), www.presse.uni-oldenburg.de/mit/2022/173.html

NORDRHEIN-WESTFALEN

Gesundheitszentrum in Malawi eingeweiht

Um den steigenden Krankheits- und Sterbefällen durch nicht übertragbare Krankheiten (Non-communicable diseases, NCD) bei Kindern und Jugendlichen entgegenzuwirken, wurde im August 2022 das Zentrum „Umoyo wa Ana Athu“ (dt. „Die Gesundheit unserer Kinder“) in Blantyre (Malawi) eingeweiht und ein vielfältiges Maßnahmenpaket initiiert. Beispiele für NCD sind Asthma, psychische, bösartige sowie angeborene Erkrankungen. Das Vorhaben ist ein gemeinsames Projekt der Friede Springer Stiftungsprofessur für globale Kindergesundheit an der Universität Witten/Herdecke, der Malawian Paediatric and Child Health Association und der Kamuzu University of Health Sciences in Blantyre und zielt darauf ab, das Gesundheits-

system in Malawi nachhaltig zu stärken. Das Zentrum wird evidenzbasierte und lokal relevante NCD-Leitlinien entwickeln und das Gesundheitspersonal entsprechend ausbilden. Es werden die ersten Leitlinien sein, die sich speziell mit der Gesundheitsversorgung von Kindern mit nicht übertragbaren Krankheiten auf dem afrikanischen Kontinent befassen und dabei nicht nur die Behandlung und Diagnose, sondern auch die Prävention und Gesundheitsförderung umfassen. Das Projekt wird von der Else Kröner-Fresenius-Stiftung finanziert, die Projektdauer beträgt vier Jahre.

Info: Universität Witten/Herdecke, Alfred-Herrhausen-Straße 50, 58455 Witten, Ansprechpartner: Prof. Dr. med. Ralf Weigel, Tel. 02302 926-770, [ralf.weigel\[at\]uni-wh.de](mailto:ralf.weigel[at]uni-wh.de), www.uni-wh.de

SAARLAND

Netzwerkveranstaltung Schule der Nachhaltigkeit

Im Saarland hat am 30. September 2022 zum zweiten Mal die Netzwerkveranstaltung „Schule der Nachhaltigkeit“ unter dem Leitgedanken „Räume für BNE schaffen“ stattgefunden. Bildungsministerin Christine Streichert-Clivot verlieh gemeinsam mit Umweltministerin Petra Berg vier Schulen das Siegel „Schule der Nachhaltigkeit“, wodurch nun insgesamt 13 saarländische Schulen zertifiziert sind. Nach der Verleihungsfeier ging es zu den sechs Workshops, in denen Räume aufgezeigt wurden, in denen Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) Platz finden kann. Eine musikalische Begleitung rundete die Veranstaltung ab. Parallel lud der „Markt der Möglichkeiten“ zum Austausch mit Bildungspartnerinnen und -partnern aus dem BNE-Netzwerk ein. Vertreten waren u. a. die Verbraucherzentrale e. V., die Biosphäre Bliesgau, das ökologische Schullandheim Spohns Haus, Weltveränderer, BUND-Saar, NABU und NAJU Saar, der Naturpark Saar-Hunsrück, NES e. V., Acker e. V., das AdF Saar e. V., die Landeszentrale für politische Bildung Saar und Engagement Global. Den Abschluss des Aktionstages bildete am Abend eine Couchrunde zum Thema „Die Welt rettet sich nicht von alleine – brauchen wir ein Unterrichtsfach Klima, oder ist das noch zu wenig?“ mit dem Schauspieler und Klimaaktivisten Hannes Jaenicke, dem Staatssekretär für Bildung und Kultur, Jan Benedyczuk, Samira Scheibner als Vertreterin des Umweltministeriums sowie Schülerinnen und Schülern und dem Schulleiter der GGS Neunkirchen.

Info: Ministerium für Bildung und Kultur des Saarlandes, Referat B5 Entwicklungszusammenarbeit, Bildung für Nachhaltige Entwicklung, Demokratiepädagogik,

Trierer Straße 33, 66111 Saarbrücken, Ansprechpartnerinnen:
Ruth Meßner und Dr. Daniela Schmitz, Tel. 0681 501-6653 und -6628,
[schuledernachhaltigkeit\[at\]bildung.saarland.de](mailto:schuledernachhaltigkeit[at]bildung.saarland.de),
[entwicklungszusammenarbeit\[at\]bildung.saarland.de](mailto:entwicklungszusammenarbeit[at]bildung.saarland.de),
[www.saarland.de/mbk/DE/aktuelles/aktuelle-meldungen/
allgemein/2022/220928-meldung-prowin-jaenicke.html](http://www.saarland.de/mbk/DE/aktuelles/aktuelle-meldungen/allgemein/2022/220928-meldung-prowin-jaenicke.html)

THÜRINGEN

Technische Universität Ilmenau intensiviert Kooperation mit pakistanischer Universität

Die Technische Universität Ilmenau (TU Ilmenau) und ihre pakistanische Partneruniversität National University of Sciences & Technology (NUST) haben im September 2022 eine Absichtserklärung unterzeichnet. Damit sprechen sich beide Seiten dafür aus, die zunächst fachlich auf die Mikrowellentechnik fokussierte Zusammenarbeit universitätsweit auszubauen und bilateral zu intensivieren. Bei dem Besuch des Vertreters der TU Ilmenau, Professor Matthias Hein, auf dem Campus der NUST in Islamabad wurde ein virtuelles Mikrowellentechnik-Labor eingeweiht, das mit Unterstützung der TU Ilmenau entstand. Das Labor ist mit moderner Kommunikationstechnik ausgestattet, die es Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern beider Universitäten ermöglicht, Forschungsprojekte gemeinsam zu bearbeiten. Die NUST ist eine öffentliche technische Universität mit Hauptcampus in der pakistanischen Hauptstadt Islamabad und gehört zu den renommiertesten Universitäten des Landes. Die Kooperation der TU Ilmenau mit der NUST begann 2014. Sie fügt sich ein in die Internationalisierungsstrategie der TU Ilmenau, die darauf abzielt, Kooperationen mit exzellenten Universitäten weltweit auf- und auszubauen und damit die wissenschaftliche Sichtbarkeit und Attraktivität der TU Ilmenau weiter zu erhöhen.

Info: Technische Universität Ilmenau, FG Hochfrequenz- und Mikrowellentechnik, Postfach 10 05 65, 98684 Ilmenau, Ansprechpartner:
Prof. Dr. Matthias Hein, [matthias.hein\[at\]tu-ilmenau.de](mailto:matthias.hein[at]tu-ilmenau.de),
www.tu-ilmenau.de/aktuelles



EINE-WELT-VERANSTALTUNGSKALENDER

Der bundesweite Eine-Welt-Veranstaltungskalender informiert über Tagungen, Seminare, Workshops, Ausstellungen und Weiterbildungen für Lehrkräfte sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren im Bereich der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit.

www.eine-welt-veranstaltungskalender.de

Jahresthema 2022: Wasser

Die Informationsstelle Bildungsauftrag Nord-Süd stellt mit ihrem Jahresthema 2022 „Wasser“ Projekte der Deutschen Länder, des Bundes und der Zivilgesellschaft vor, die sich dem Thema Wasser widmen. Wir freuen uns über die Zusage von Ankündigungen, Berichten und weiteren Meldungen unter [infostelle\[at\]wusgermany.de](mailto:infostelle[at]wusgermany.de).

www.informationsstelle-nord-sued.de

IMPRESSUM

HERAUSGEGEBEN VON

World University Service (WUS)
Deutsches Komitee e. V.
Informationsstelle Bildungsauftrag Nord-Süd
Goebenstraße 35, 65195 Wiesbaden
Tel. 0611 9446170, Fax 0611 446489
[infostelle\[at\]wusgermany.de](mailto:infostelle[at]wusgermany.de), www.wusgermany.de

REDAKTION

Dr. Kambiz Ghawami (V. i. S. d. P.), Heike Jäger,
Lea Kreuz, Carlos dos Santos, Anne-Sophie Tramer

GESTALTUNGSKONZEPT & ILLUSTRATION

Haike Boller (verantwortlich),
ansicht Kommunikationsagentur, www.ansicht.com

ABONNEMENT

Der Rundbrief erscheint 4 x pro Jahr. Er ist kostenfrei.
Bestellung per E-Mail an [infostelle\[at\]wusgermany.de](mailto:infostelle[at]wusgermany.de)
oder Tel. 0611 9446170.

NACHDRUCK

unter Quellenangabe erwünscht. Um Zusendung von
Belegexemplaren wird gebeten. Hinweise und Rezensionsexemplare sind erwünscht. ISSN 1430-5488

GEFÖRDERT DURCH

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung (BMZ), die Länder Baden-Württemberg,
Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen,
Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-
Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen und
Thüringen.

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier, ausgezeichnet mit
dem Umweltzeichen Blauer Engel, Bezug frei.

Für den Inhalt der Beiträge ist allein der WUS verantwortlich.
Die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt
der Zuschussgeber des WUS wieder.